

VCI NRW-Position kompakt

WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIE- UND CO₂-KOSTEN SICHERSTELLEN

Nordrhein-Westfalen ist die größte Chemieregion Deutschlands – mit zahlreichen Chemieparken, standortübergreifender Vernetzung und einem starken Mittelstand. Dieses Netzwerk steht und fällt mit einer sicheren, bezahlbaren und klimaverträglichen Energie- und Rohstoffversorgung. Mit der Elektrifizierung von Verfahren werden künftig deutlich größere Strommengen benötigt. Doch international wettbewerbsfähige Kosten sind derzeit nicht gegeben.

Neun von zehn Unternehmen sind belastet

Die VCI-Mitgliederumfrage vom Juli 2026 ist eine klare Standortdiagnose: Bis zu neun von zehn Unternehmen fühlen sich durch zu hohe Energie-, CO₂- und Rohstoffkosten belastet. Naphtha, Erdgas und Strom sind zugleich Rohstoff und Energieträger. Verbleiben diese Kosten dauerhaft deutlich über dem Niveau konkurrierender Regionen, verliert der gesamte Verbund seine Basis, denn die Wertschöpfungsstufen hängen physisch zusammen. Etwas gegenüber China und den USA hat der Standort Deutschland weiterhin einen erheblichen Kostennachteil. Wer klimaneutral produzieren will, muss zuerst überhaupt produzieren können.

Strompreise: Entlastung muss vor Ort ankommen

Entfristete Stromsteuersenkung und ein längerfristig planbarer Netzentgeltzuschuss helfen, reichen aber für wettbewerbsfähige Stromgesamtkosten nicht aus. Zusätzlich braucht es Entlastungen, wie: die ausgeweitete Strompreiskompensation, die auch Chemieparkkonstellationen berücksichtigen. Der Industriestrompreis ist ein guter Schritt, er muss aber beihilferechtlich länger und in der Umsetzung unbürokratisch ermöglicht werden. Das Auslaufen der Industrienetzentgelte droht die Netzentgelte der energieintensiven Industrie massiv zu erhöhen – ein Damoklesschwert für Investitionen in NRW. Das künftige Netzentgeltsystem muss neben Flexibilitätsanreizen eine äquivalente Entlastung sichern. Erneuerbare sind in den Markt zu integrieren und an den Netzausbaukosten zu

beteiligen. Eine Aufteilung des Strommarkts in mehrere Gebotszonen wäre gerade für NRW nachteilig und ist zu vermeiden.

Versorgungssicherheit: Kohleausstieg braucht Ersatz

Es ist ein massiver Zubau steuerbarer Kraftwerksleistung nötig – die politischen Instrumente kommen jedoch mit deutlicher Verzögerung. Es bleibt daher sehr fraglich, ob der vorgezogene Kohleausstieg 2030 in NRW versorgungssicher gelingt. Engpässe sind zu befürchten – und damit drohen für die Industrie schlimmstenfalls Abschaltungen. Stilllegungen von gesicherten Kapazitäten dürfen daher nur erfolgen, wenn zeitgleich gesicherter Ersatz bereitsteht. Gaskraftwerke und Kapazitätsmechanismus müssen schnell und kosteneffizient kommen.

CO₂-Kosten: Notbremse im EU-Emissionshandel

Das EU-ETS 1 war im Grundsatz richtig gedacht, verteuert die Produktion in der EU aber schneller, als klimaneutrale Alternativen verfügbar sind. Neue Technologien werden voraussichtlich erst in den 2040er Jahren marktreif; erneuerbare Energien und CO₂-armer Wasserstoff stehen nicht zu wettbewerbsfähigen Kosten bereit, die Infrastruktur fehlt. Der Revisionsvorschlag der EU-Kommission vom Juli 2026 geht an diesen Realitäten vorbei: Die kostenlose Zuteilung soll ab 2031 an Investitionspläne geknüpft werden, die Benchmarks bleiben unverändert. Da Wettbewerber anderswo keiner oder einer deutlich geringeren CO₂-Bepreisung unterliegen, sehen wir schon jetzt industrieller Abwanderung.

Was die Landespolitik tun kann

NRW muss Impulsgeber in den eigenen Landesgrenzen und im Bund sein und Anwalt der Industrie in Europa – mit Bundesratsinitiativen, schnellen Verfahren für Kraftwerke, Netze, Speicher und industrieller Infrastruktur sowie klarem Einsatz für einen praxistauglichen Emissionshandel.

DAFÜR SETZT SICH DER VCI NRW EIN

› Dauerhaft international wettbewerbsfähige Energiekosten

Einsatz auf Bundesebene für wettbewerbsfähige Stromgesamtkosten; Kosteneffizienz der Energiewende strukturell steigern und eine Gebotszonen-Aufteilung verhindern.

› Versorgungssicherheit für den Industriestandort NRW gewährleisten

Kraftwerksstilllegungen nur bei gleichzeitigem Ersatz durch gesicherte Leistung; Pfad und Pufferzeitraum für den Kohleausstieg überprüfen – Planungen und Kommunikation darauf ausrichten.

› Notbremse im EU-Emissionshandel ziehen

ETS realitätsgerecht reformieren, u.a. durch kostenlose Zuteilung ohne Investitionszwang; Anpassung von Benchmarks und Zertifikatepfad – damit Produktion und Transformation in NRW zusammen gelingen. Als Industrieland Nr. 1 muss sich NRW im Schulterschluss mit weiteren Ländern und dem Bund in die EU-Diskussion einbringen.